

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

228 (1.10.1930) Badische Kultur und Geschichte Nr. 40

# Badische Kultur und Geschichte

Nr. 40

Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Nr. 228

1. Oktober 1930

## Friederike Brun im Hegau und am Hochrhein

Friederike Sophie Christiane Brun, geb. Münter, Schriftstellerin in Kopenhagen, lebte von 1765 bis 1835. Sie war als Tochter eines Superintendenten im Sachsen-Gothaischen geboren. Im Elternhause waren u. a. auch Niebuhr, Reventlow und Christian von Stolberg häufig zu Gast. Achtehnjährig vermählte sie sich mit dem administrierenden Direktor der königlich ostindischen Compagnie in Kopenhagen, Konstantin Brun. 1783 verlebte sie in Hamburg in Klopstocks Umgang genährte Tage. Im Winter 1788 auf 1789 verlor sie das Gehör. Auf einer Reise nach Südtiensteil lernte sie in Wien Matthijson, in Genf Bonstetten kennen. Ihre leidende Gesundheit zwang sie zu mehrmaligen Aufenthalten im Süden, im Badland, in Lugano, in Rom, Nizza und Neapel. Viele Jahre stand sie in Freundschaft mit Frau von Staël.

Sie hinterließ eine Reihe von Prosa- und poetischen Werken. 1795 gab Matthijson ihre Gedichte in Zürich heraus. 1803 bis 1805 erschienen ihre „Episoden aus Reisen durch das südliche Deutschland, die westliche Schweiz, Genf und Italien“. Auf dieser Reise kam sie über Heidelberg und Stuttgart auch durch den Hegau, an den Hochrhein und nach Schaffhausen. Sie schreibt darüber sehr anschaulich:

Bei Tutzingen beginnt man einen Berg zu ersteigen, an dem wir über eine Stunde bergan fuhren. Diesen Berg ward ich (im Frühling 1791 bei meiner Rückkehr aus der Schweiz) mit meinen zwei ältesten Kindern in einem schwerbeladenen Reisedegen von vier wildgewordenen Pferden in 15 Minuten herabgeführt. — Welche Minuten waren das! In Fickadwegen über Abgründen schwebend, in denen ich meine Kinder schon zerschmettert liegen sah, dehnten sich diese qualvollen Minuten zu Tagen aus! Wir kamen ohne Schaden, wiewohl mit gebrochener Deichsel und abgeschmettertem Kutschbock hinab. Das eine Pferd war kribbelig, ward durch die Verührung des Geschirrs wild und riß die andern mit sich fort. Der Postkillion tat Wunder. Er klammerte sich zwischen Zügel und Deichsel an und kam so mit blutig zerrissenen Säcken herab, dem Postmeister von Tengen fluchend, der ihm das kribbelige Pferd aufgezogen. Diesen Berg fuhren wir langsam hinan, und das Mutterherz dankte von neuem Gott für das Leben der geliebten Kinder.

Hier oben erschienen uns in aller Pracht des Untergangs die Alpen Gipfel vom Baseler Jura durch Appenzell bis nach Tyrol und Graubünden hinein. Ida begrüßte freudig die wohlbekannten hohen Erscheinungen und die neu ausgeflogenen Ankömmlinge, meine Augusta und der Geognost Reinhard staunten, zweifelten, bewunderten und durften nicht glauben, daß diese himmelnahen Erscheinungen der Erde angehörten. Es war auch ein besonders magischer Sonnenuntergang. Herbliche Nebel deckten das niedere Land; aus ihnen blinkte matt der Zeller- und weiter entfernt der Bodensee auf; die kühnen Gipfel von Hohentwiel und Hohenstaufen durchbrachen die schweren Dünste und richteten sich wie Wächter des friedlich einschlummernden Landes empor. Die Hochgebirge allein glühten in hoher Luft und gossen eine schwache Dämmerung auf das zu ihren Füßen verbreitere Land herab. Bald streute eine helle Mondnacht allen ihren Zweifelschimmer über Höhe und Tiefe, Wald und Feld. Wir fuhren schroff herab, durch enge Waldbtäler, wo Silberglanz und rabenschwarze Nacht in kühnen Massen wechselten, bis Tengen, der letzten Station in Deutschland. Hier hatte die Furcht vor den Armeen das Haus geleert, und wir fanden ein jämmerliches Nachtlager. — Die armen Einwohner waren ganz dumpf vor Schrecken und gaben kaum Red und Antwort.

Den 1. Oktober. Früh machten wir uns auf und durchzogen die lächelnden Täler, die zwischen den Gewänderfäulen des Jura und Schwarzwalds sich hinziehen. Herrlich richteten die vulkanischen Gipfel von Hohentwiel, Hohenstaufen und Hohenkrähen sich ins reine Morgenlicht empor! Gegen Mittag waren wir in Schaffhausen. —

den 2. Oktober. In Schaffhausen war ich noch so schwach, um den Anblick des Rheinfalles genießen zu können. Dies kostete viel Überwindung! Ich ließ die geliebten Töchter an meiner Statt hingehen und ihre jungen Seelen berauschen. —

Am Abend kamen sie zurück, freudejauchzend die eine und tief erschütterte die andre. — Es war ein schöner Herbsttag, der zweite Oktober, an dem wir von Schaffhausen nach Zürich reisten. Wir wählten den Weg über Eglisau und begrüßten eine Stunde von Schaffhausen den Rheinfall. In seiner Tiefe, so von den grünen Hügeln überblickt, bietet er erst einen eigentlich malerischen Anblick dar. Denn wer wagt es, in seiner donnernden Nähe, in seiner überwiegenden Fülle den Mächtigen zu ergreifen? Alle Rheinfälle, die ich sah, sind kalte Schattentäler! Hier aber, wo er in die Tiefe eingesenkt, zwischen den grünen Hügeln und vom romantischen Schlosse überragt, erscheint, ist die Szene so groß und doch so sanft durch die mäßige Ferne gemildert und zugleich so reich an Abwechslung. Denn man sieht von der freien Ufer-

höhe zwischen den Hügeln unter Hand den Strom majestätische hervorkommen, dann gleiten, stürzen, schäumen, und unter wogenden, steigenden, im Sonnenlicht schimmernden Dampfswölken beinahe verschwinden — bis er in der Tiefe unter deinen Füßen die grünen besänftigten Fluten zwischen lieblichen Hügeln dahinrollt.

Wir machten unsern Mittagstisch in Eglisau. Ich kann dir nicht beschreiben, welchen fröhlichen Anblick die Lage dieses Städtchens in uns hervorbrachte. — Der herrliche Strom dringt links zwischen engen dunkelwaldeten Felsenbergen in das gewundene Tal und strömt lang hindurch. Der Himmel ist blau, die Sonne gießt Lichtströme in die Wellen; die grünen Hügel wogen übereinander empor, mit Weingärten, Wiesen, Obstbäumen und dunklem Wald auf den Höhen. Alles ist Glanz und Licht und heit're Freude! Und so, wie ich hinab- und hinanschaute, entstanden diese Zeilen, die ich dir nur für das gebe, was sie sind; für bunte Blätter: Eglisau am Rhein: Strömende Fluten, Himmel so blau; herbliche Blüten, Wiesen voll Tau. Goldene Heben, grüne Felder, purpur'ne Wälder steigen und schweben, senken und heben lodend sich Hügel hinab und hinauf, folgen des Stromes kristallenem Lauf. Naß an der Welle, hoch in dem Gair, hier möcht' ich wohnen, dort möcht' ich sein! Hier in dem Gärten öffn' ich das Förtchen, schweb' in dem rasch dahintrudernden Rahn, hier Rhein hinunter, dort Rhein hinan; hier, wo ihn enger Bergwald umschließt, dort, wo er freie Täler durchfließt. Leben und Schweben, Atmen und Sein möcht' ich in deinen Tälern allein! Land der Entzückung, Tempel des Herrn. Ach, in dir lebt' ich, stürb' ich so gern! — Otto Weiner.

## Zur Aufstellung der staatlichen Sammlung von Gipsabgüssen im Orangeriegebäude in Karlsruhe

Von Dr. L. Fischel, stellv. Leiterin der Bad. Kunsthalle

Es handelt sich hier um Neuaufstellung eines alten, nun beinahe hundertjährigen Sammlungsbestandes, der mit der Geschichte der Badischen Kunsthalle eng verknüpft ist. Seit den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als in dem aufblühenden Land Baden großzügige Pläne zur Erweiterung der Kunstsammlungen und zum gleichzeitigen Bau der neuen Kunsthalle reif wurden, ist auch von einer neuen Sammlung antiker Gipsabgüsse die Rede; ja die Notwendigkeit, sie zu schaffen, wird an erster Stelle unter den Gründen genannt, die das neue Gebäude erfordern. Ein kleiner Bestand war vorhanden. Während auf anderen Gebieten der Kunst bereits grundlegende Neuerwerbungen geschehen, erschienen 1841 auch bezüglich der Gipsabgüsse genauere Vorschläge; 1843 wird der Frankfurter Bildhauer v. Raunig beauftragt, Verzeichnisse aller Wünschbaren samt Preisen und Bezugsquellen einzufenden; er persönlich bestellte dann in Paris eine erste Serie. Zwischen 1844 und 1846 treffen sechs Sendungen ein vom Gipsgießer Jaquet, mouleur du musée Royal de Paris; die letzte war anderthalb Jahre früher in Auftrag gegeben; der Fuhrmann brauchte 14 Tage für den Transport von Paris nach Karlsruhe; noch 1847 werden zur Aufstellung in den Parkterrassen der neuen Kunsthalle reichlich Schäfte und Postamente gekauft.

Von der damaligen Wertschätzung solcher Abgusssammlungen macht man sich nicht leicht genügende Vorstellungen. Ähnliche entstanden zu gleicher Zeit überall; sie standen im Mittelpunkt der kulturellen Interessen. Nichts geringeres als eine allgemeine „Veredelung des Geschmacks“, „Hebung des Scharfsinns“, „Befruchtung der Sinne“ hat man von ihnen erwartet; wir vernehmen es mit Verwunderung, wie die wir zum Teil von der skeptischen Gemohnheit angenommen haben, im Gipsabguss nur noch das Gipsmaterial zu sehen. Die neue Karlsruher Kunsthalle bereitzte sich zum Empfang der Sammlung eigens vor. Acht echte Marmorstatuen, statt der ursprünglich geplanten aus Sandstein, wurden bestellt, um die betreffenden Säle würdig auszustatten; Moritz von Schwind, der eben das große Fresko des Treppenhauses beendete, erhielt Auftrag, für die oberen Felder der Wände Entwürfe passenden Inhalts zu liefern und ihre Ausführung zu überwachen. Was ankam, waren berühmte Figuren der späteren griechischen Zeit, aus dem 5. Jahrhundert zunächst nur Einzelstücke, daneben die damals so viel studierten antiken Architekturornamente. In der Tat ist kaum abzumessen, wie aufnahmefähig man war, wie sehr der Zustand der Antike wieder nähergerückt durch neue Ausgrabungen, das Kunst- und Bildungsideal des 19. Jahrhunderts bewegte; er hat jene Geisteskräfte deutscher Malerei geprägt, die voller Ideal und Pathos in großen Formaten „das Land der Griechen mit der Seele suchten“, eine Bildhauerei, deren eigene plastische Problemstellung durch die Diskussion der Antike geradezu verdunkelt wird. Auch in Karlsruhe geht ein einheitlicher Wille durch die Kunstgeschichte dieser Jahre: die Gipsabgüsse, die griechischen Vasen, die großen Kartons von Zeit, Schnorr und Overbeck, das Treppenhauses Fresko, die großen Historienbilder sind gleichzeitige Erwerbungen und alle vom gleichen Bekenntnis getragen; es ist das hochgestimmte Milieu, in das bald darauf Feuerbach seine große Kopie der „Athena“ einleitet, der geistige Boden, auf dem sein „Gastmahl des Plato“ steht.

Bedeutendere Ergänzungen der Sammlung wurden namentlich noch in den 80er Jahren unternommen, als der Badische Kunstverein, der bisher einen der Korridore des Parkterrenne gehabt hatte, ein eigenes Lokal bezog. Auf Grund eines Anschaffungsplans des Direktors der Kunstgewerbeschule, Rachel, zogen die Aegineten ein, die Olympiasculpturen, einschließlich der Nike des Patonios (die 1877 von einer Kommission einstimmig abgelehnt worden waren), weitere Hauptstücke der frühen Zeit, auch solche der italienischen Renaissance. Direktor Rübke hat den Pergamonfries beschafft. Es wird über Überfüllung der Säle geklagt, und doch sinkt gegen Jahrhundertwende unaufhaltsam die Bedeutungshöhe dieser Sammlung. Was allgemeine Begeisterung geweckt war, bleibt Wissenschaft und Unterricht. Und wenn kurz nach dem Um-

sturz 1920 ihre Magazinierung erfolgte, so geschah es zwar aus Raumgründen: der Gemädegalerie zuliebe mußte, durfte sie weichen, — aber es konnte nur geschehen, weil die kulturelle Basis ihrer einstmaligen Gründung zergangen war. Was man heute wieder aufstellt, ist darum ein Anderes, weil es nicht ebenso betrachtet wird, wie vor hundert Jahren. Auch die äußeren Bedingungen der heutigen Neuaufstellung sind verändert.

Glücklicherweise ist die Orangerie da, die reizende klassizistische Rotunde mit der langen, lichtfangenden Längshalle, und beide beziehen vom Botanischen Garten her die grüne Stille und Freundlichkeit der schönsten Situation im älteren Karlsruhe. Aber mit jeder Opulenz der technischen Mittel ist es vorbei, ein Vergleich mit früheren Aufwendungen nicht möglich. Die gegebenen Verhältnisse waren hinzunehmen; der ungünstige Anstrich der Halle konnte nur zum kleinsten Teil gemildert werden; jede eigentliche Ausstattung unterließ, wie denn überhaupt die ganze Arbeit, fast durchweg von Erwerbslosen ausgeführt, sich zu den Bedingungen von 1930 überall offen bekennt. Der Raum reicht nicht aus; nicht alles noch Vorhandene konnte hier wieder aufgestellt werden; es galt, sich auf eigentliche Skulptur zu beschränken und hier wieder eine Auswahl des künstlerisch Wichtigsten zu treffen. Immerhin darf gesagt werden, daß alles, was einer guten, das heißt gut sichtbaren Aufstellung zuliebe, anschieb, vom Standpunkt der Gesamtwirkung, meist auch der Einzelqualität aus, wohl entbehrt werden kann. Frühbar bleibt das Alter der Sammlung. Noch immer überwiegen die Werke der antiken Spätzeit, die dem Geschmack des literarisch geneigten 19. Jahrhunderts besonders entgegen kamen. Aus der Gotik bilden die schönen Gruppen der Freiburger Münsterplastik den ganzen Besitzbestand, ebenso ist die deutsche und italienische Renaissance nur in einzelnen Beispielen vorhanden. Das Gesamtergebnis ist eine Schaufammlung, keine einheitliche oder gar vollständige Lehr- und Studiensammlung, nicht unbeschädigt erhalten, öfter überholt von neuen Forschungsergebnissen, und doch ganz bestehend aus Dingen, die lebendig sind und schön über die Mahnen für den, der zu sehen verheißt. Soll man es nicht behaupten? Die Nike des Patonios ist Siegesgöttin auch in Gips, die ragenden Skulpturbüchse des Brustempels von Olympia, der göttliche Sport der Partenonfries sind von unvergleichlicher Erhabenheit.

Es ist wahr, daß die humanistische Wissensbreite verloren ging, mit der einmal alle Welt eine Sammlung wie diese aufnahm. Wir können auch nicht mehr antikisch anempfinden. Selbständiger vielleicht treten wir diesen ewigen Werken gegenüber, jedenfalls voll eigener künstlerischer Fragestellung; und es erweist sich, daß sie auch für uns große Antworten bereithalten. Der Gips ist kein schlechter Interpret. Dieg selbstlose Material, so biegsam es ist, ist doch gleichzeitig immer wahr. Es paßt sich an, läßt aber keine Täuschung zu; jede Qualitätschwankung verrät es. Es zerstört die entmaterialisierte Transparenz des Marmors nicht; und indem es der Schönheit dieser Werke dient, liefert es uns wieder den Beweis, wie sehr die Schöpfungen des Geistes über Material und Zeit erhaben sind.

## Ehrgang eines Heimatförderers

In diesen Tagen verläßt Geheimrat Hermann Levinger die Stadt Überlingen und damit seinen Amtsbezirk, in dem er durch 22 Jahre als Landrat wirkte, um in den wohlverdienten Ruhestand zu treten. Die Gemeinden des Bezirks und deren Vertreter haben bereits in sinniger Weise der überaus verdienstvollen Tätigkeit ihres Landrats gedacht.

Aber auch der Landesverein Badische Heimat möchte — wie er mitteilt — nicht veräumen, den herzlichsten Dank seiner Persönlichkeit als Beamter und Mensch auszusprechen, die im besten Sinne des Wortes für die Heimat allzeit einstand. Volk Liebe für Überlingen und den Linggau, aufs innigste vertraut mit den Verhältnissen des Bezirks am Bodensee, förderte Geheimrat Levinger, der seit vielen Jahren auch dem Landesausschuß angehört, die idealen Aufgaben der „Badischen Heimat“ und gleicherweise die des Staates in vorbildlicher Weise. Manches Fachwerkhaus verdankt ihm die Erhaltung oder Wiederherstellung, der Pflege der Friedhöfe galt sein eifriges Bemühen, für die Beseitigung häßlicher Flecken in Ortsbild und Landschaft setzte er sich ein und förderte die Pfahlbauuntersuchungen immer wieder. Der Amtsbezirk Überlingen verliert einen aufrechten, warmen Berater und Förderer, dessen Wirken unvergessen bleibt. Der Landesverein Badische Heimat wird von ehrlicher Dankbarkeit allzeit erfüllt bleiben, und wünscht dem Scheidenden und seiner Familie einen schönen, gesegneten und recht lange währenden Feierabend.

## Zusammenschluß holländischer Schwarzwaldfreunde

Laut Waldshuter „Albte“ sind in Holland Bestrebungen im Gange, einen Zusammenschluß der holländischen Freunde des Schwarzwaldes herbeizuführen. Zweck der Vereinigung ist ein gesellschaftlicher Zusammenschluß, der natürlich auch mit einer regen Vorbereitung für den Schwarzwald verbunden sein dürfte. Die Anregung geht von holländischen Persönlichkeiten aus, die seit vielen Jahren den Schwarzwald ständig besuchen.

## Die Badische Heimat in Buenos Aires

Die Badener im Ausland rühren sich. Die in Buenos Aires gegründete Ortsgruppe des Landesvereins Badische Heimat hatte bereits eine außerordentlich glänzend besuchte Zusammenkunft, in der echt badische Stimmung vorherrschte, wie wir einem umfassenden Bericht der deutschen „La-Plata-Zeitung“ entnehmen dürfen. Der Vorsitzende, Herr Josef Albieter, Rektor der Humboldt-Schule in Buenos Aires, würdigte in einer formvollendeten Ansprache die Ziele der Badischen Heimat und sagte u. a.: „Viele von uns haben einen schweren Existenzkampf zu bestehen; doch entsprechen die Schwierigkeiten, die uns hier entgegentreten, in ihrer Größe und Tragweite niemals derjenigen unserer Stammesgenossen in der heute verfallenen Heimat. Das Volk zu Hause baut auf uns! Was wir ihm bieten, kann nur als eine moralische Unterstützung gelten, die es aufmuntern soll zum Durchhalten.“ Badische Gemütslichkeit, ohne jegliche partikularistische Einstellung, hielt die Mitglieder der Badischen Heimat in Buenos Aires noch lange beisammen. Über 50 Badener konnten als Neumitglieder gewonnen werden, so daß die junge Ortsgruppe bereits über 100 Mitglieder zählt.

# Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger  
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 40

W o r t: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Reichspfennig zuzüglich Porto vom Verlage Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 14, bezogen werden

1. Oktober 1930

## Um die Gehaltskürzung

Aus Beamtentreisen wird uns geschrieben:

Während diese Zeilen in Druck gehen, ist Zuberlaffiges über jenen Teil der Sparmaßnahmen, die sich mit einer Kürzung der Beamtengehälter befassen, noch nicht bekanntgeworden. Im großen und ganzen ist die Betrachtung dieser Angelegenheit daher auf die dürftigen und noch schwankenden Nachrichten angewiesen, die in den vergangenen Tagen an die Öffentlichkeit gedrungen sind. Damit war natürlich Vermutungen und Kombinationen großer Raum gegeben. Das eine Mal war davon die Rede, es sei in Aussicht genommen, die Gehälter per unteren Beamtenkategorie um 5 Prozent die vom Ministerialrat aufwärts um 10 Prozent zu kürzen und dann weiter nach oben gestaffelt bis zu den Ministergehältern die Kürzung bis auf 30 Prozent ansteigen zu lassen. Bald darauf hieß es, man sei von einer gestaffelten Kürzung wieder abgekommen und plane eine allgemeine, prozentuale Senkung von 5 v. H., zuletzt 6 v. H., wobei dann wieder der Umstand in Erwägung gezogen worden sei, diese Drosselung nicht als ausgesprochene „durchgreifende“ Gehaltskürzung, sondern in der Form einer über den 31. März 1931 hinaus geltenden Reichshilfe wirksam werden zu lassen. Für das Gros der Beamtenschaft bilden die Nuancierungen, die man dem Programm der Senkung der Personalausgaben geben kann oder will, Anlaß zu Unterfuchungen verschiedener Art über die Auffassungen, die den Regierungsvorhaben zugrunde liegen.

Nach den Entwicklungen der letzten Jahre sieht man überall, wie die schleichend gewordene Finanzkrise des Reiches nach einer beständigen Lösung drängt, wie von Monat zu Monat, von Regierung zu Regierung, Auswege gesucht werden, um die Einnahmen zu steigern, und nachdem dies fast nicht mehr möglich ist, die Ausgaben zu senken und so eine Entlastung der Wirtschaft und Volkswirtschaft herbeizuführen. Eine radikale Ausgabenkürzung wird heute neben der schon so oft genannten, aber begreiflich nur langsam vorzubereitenden und durchzuführenden Verwaltungsreform von der Verringerung der sozialen Lasten und einem dahin zielenden Umbau der Gesetzgebung und — weil am schnellsten wirksam — von einer Drosselung des Personalauswands erachtet. Das ein großzügiges Reformprogramm an einer Schmälerung der Beamtengehälter nicht vorbeikommt, darauf war man in den Reihen der Beamtenschaft gefaßt. Die Beteiligung an einem sogenannten Notopfer, wie das Schlagwort ursprünglich geprägt wurde, wurde von Seiten der Beamten nicht abgelehnt, aber gefordert, die darauf bezug habenden gesetzgeberischen Maßnahmen möchten für die Inanspruchnahme der Beamtenschaft nicht den Charakter einer Sondersteuer annehmen, vielmehr so ausgearbeitet werden, daß sie alle leistungsfähigen Kreise dem Grundgedanken der Gerechtigkeit entsprechend erfassen. Es kam nach schwierigen Beratungen im Juli dieses Jahres als Ergebnis die sogenannte Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes zustande.

Dem Reich zu helfen war hier die Beamtenschaft in nicht mißverständlicher Weise angezogen. Die Begründung der Regierungsvorlage stützte sich insbesondere auf die Tatsache, daß in Zeiten, da so viele ohne Arbeit seien oder sie zu verlieren befürchten müssen, der Beamte in seiner gesicherten Stellung ein bedeutendes Plus besitze und an dem aus dem Problem der Arbeitslosigkeit resultierenden Maßnahmen sozialgünstig moralisch beteiligt sei. Der Umfang, in dem die Beamten zur Reichshilfe herangezogen werden sollten und inwieweit auch schon beitragen, ist auf 2 1/2 v. H. des Bruttoeinkommens bemessen worden, wobei Gehaltsempfänger von jährlich unter 2000 Reichsmark auscheiden, ebenso Zuschläge für minderjährige Kinder vorwiegend in Abzug zu bringen sind. Diese Regelung, die nach Auflösung des Reichstags durch besondere Verordnung des Reichspräsidenten Ende Juli verhängt wurde, mußte in den 8 Monaten ihrer Wirksamkeit (1. 9. 1930 bis 31. 3. 1931) — sie war bekanntlich befristet — 150 Millionen Reichsmark einbringen. Mit den übrigen Maßnahmen auf dem Gebiet der Versicherungs- und Steuerreform und gewisser steuerrechtlicher Änderungen war nach den Angaben der Regierung der Reichsfinanzminister einermäßig gesteuert. Dem zwingenden Gebot der Stunde war in großen Teilen der Beamtenschaft Verständnis entgegengebracht worden, wenn auch nicht verschwiegen werden soll, daß sie das Gefühl einer Sonderbelastung nicht loswurden.

Das Vertrauen auf eine Beseitigung der Finanzschwierigkeiten war vorhanden. Man schied sich im übrigen in das Unvermeidliche. Daß die betreffende Regierungsvorlage im Juli von einer Reichstagsmehrheit (mit Hilfe der Sozialdemokratie) abgelehnt worden ist, war allerdings ein Zeichen dafür, wie schwer sich gewisse Parteien belastet fühlten, ein Umstand, der auch die spätere Haltung vieler Staatsbürger ungünstig beeinflusst hat.

Nachdem alsbald nach den Wahlen regierungsseitig von neuen Schwierigkeiten in der Finanzgebarung des Reiches die Rede war und dabei von dem recht beträchtlichen Umfang eines wieder drohenden Defizits gesprochen wurde, trat wieder neue Beunruhigung auf, der auch sehr bald der bittere Beigeschmack in Aussicht zu nehmender weiterer durchgreifender Ausgabenkürzungen gefolgt ist.

Das Bedrohliche in den einschneidenden Vorschlägen, mit denen die Regierung jetzt aufwarten muß, liegt für die Beamtenschaft darin, daß bald keine Grenze mehr gesehen wird, wo die im Art. 129 Abs. 1 Satz 3 der Reichsverfassung garantierten, wohlverordneten Rechte ihren Schluß finden.

In außergewöhnlichen Notlagen, die eine Beschränkung der Staatsausgaben gebieterisch fordern, muß der Staat selbstverständlich in der Lage sein, Gehaltskürzungen vorzunehmen. Ob eine solche Notlage vorliegt, das zu entscheiden, muß der Beschlußfassung einer verfassungsändernden Mehrheit vorbehalten bleiben. Daß eine ausgesprochene Gehaltskürzung, und in dem Umfang, wie sie neuerdings geplant ist, mit einfacher Stimmenmehrheit durchgeführt werden kann, darüber bestehen recht erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Bei einer Würdigung der juristischen Seite dieser Frage ist vor einigen Monaten noch die Ansicht ausgesprochen worden, eine Herabsetzung der Gehälter sei wohl im Augenblick nicht unmittelbar zu befürchten. Wie die Vorgänge der letzten Zeit gezeigt haben, müßten wir uns sehr schnell eines anderen belehren lassen.

Es sollte doch nicht übersehen werden, daß das Danziger Obergericht in seiner Plenarentscheidung vom 25. September 1928

(abgedruckt in der Danziger Juristischen Monatschrift 1928, S. 104) die Abänderungsmöglichkeit der Besoldung anders beurteilt hat, und daß auch das Gutachten, das der Bayerische Landtag sich über die gleiche Frage hat geben lassen, auf die Notwendigkeit einer verfassungsändernden Mehrheit hingewiesen hat. Der Glaube an den Sinn der Verfassung, — so urteilen mandantale Beamte —, die ebendamals heilig galt, steht in Gefahr, erschüttert zu werden, wenn ihre Bestimmungen einfach beiseitegeschoben werden können. Dieser Gesichtspunkt sollte in den schwierigen Beratungen dieser Tage nicht außer acht gelassen werden.

## Postbeamtenkürzung in Danzig

Der Verband der deutschen Reichspost- und Telegraphenbeamten e. V., dem die Danziger Beamtenschaft als Bezirksverein angehört und der insgesamt 37 000 Mitglieder umschließt, hielt in Danzig vom 18. bis 20. September seinen 19. Verbandstag ab, an dem auch die Führerinnen der mit dem Verband in Arbeitsgemeinschaft stehenden bayerischen und württembergischen Postbeamtenvereinigungen teilnahmen.

Aus dem Reich waren der Führer des Deutschen Beamtensbundes, Herr Zügel, und Frau Martha Dönhoff, Mitglied des Preussischen Landtags, erschienen.

Der Arbeitstagung lag als Hauptthema die Erörterung über die beamtenspezifische Lage und ihre Auswirkung auf das weibliche Personal zugrunde. Dies Thema wurde in einem groß angelegten Vortrag der ersten Verbandsvorsitzenden, Frau Eise Kroschorn, in Anwesenheit der Ehrengäste behandelt. In dem Vortrag wurde im wesentlichen der Beweis für die Notwendigkeit des Berufsbeamtenstandes auf dauernd erforderlichen Dienstposten in krisenreichen Zeiten erbracht. Die Rednerin setzte sich im weiteren mit den Anforderungen der Öffentlichkeit gegen die Beamtenschaft auseinander und ging dann im einzelnen auf die Lage des weiblichen Personals der Deutschen Reichspost ein. Trotz der klaren Erkenntnis der schwierigen Gesamtlage müßten unbillige Schmälerungen der Berufsbelange der durch den Verband vertretenen Beamtenschaft bekämpft werden, da diese als volkswirtschaftlich hochwertige und kulturell bedeutsame Gruppe im deutschen Staatskörper steht. Die wesentlichen Forderungen des Postbeamtenverbandes für seine Mitglieder fanden eingehende Spezialbehandlung in der Beratung der zahlreich vorliegenden Anträge zu den Personal- und Betriebsfragen, Rechts-, Besoldungs- und Fürsorgefragen. Eine lebhafte Aussprache führte zu Ergebnissen, die in zehn Entschlüsse niedergelegt wurden. Die Forderungen betrafen in erster Linie die Schaffung einer genügenden Anzahl von Beamtinnenstellen, Aufstiegsmöglichkeit für das weibliche Personal durch Prüfungszulassung und Beförderung. Schluß gegen die Verdrängung aus den Tätigkeitsgebieten, die dem weiblichen Personal der Deutschen Reichspost vorzugsweise oder ganz vorbehalten sind, ferner Annäherung des wöchentlichen Dienstleistungsmaßes an dasjenige der Vorkriegszeit, höhere Anrechnung des Nachdienstes. Vor allem aber wurde in großem Ernst auf die gesundheitslichen Gefahren hingewiesen, die das jetzige Tempo der Rationalisierung mit seiner Steigerung der Arbeitsintensität und Verantwortung im Telegraphen-, Fernsprech- und Postdienst zu leisten hat, zur Folge hat. Hier muß eine Mäßigung des Tempos der Rationalisierung gleichzeitig mit Herabsetzung der Arbeitszeit und des Arbeitspensums, Verbesserung der Arbeitsgeräte und der hygienischen Fürsorgemaßnahmen eintreten.

Zur Erleichterung des freiwilligen Ausscheidens der verheirateten Beamtinnen aus dem Dienst wurde erneut und mit Nachdruck eine angemessene Abfindungssumme für die aufgegebenen Rechte verlangt.

Die Lage der Post- und Telegraphenbeamtinnen der Freien Stadt Danzig wurde den Verbandsteilnehmerinnen durch einen Vortrag der Vorsitzenden des Bezirksvereins Danzig, Frau Hedwig Rautsch, nahegebracht.

Die Tagung fand ihren Abschluß in einem Vortrag von Frau Milka Freisch, Königsberg: „Die Kulturarbeit deutscher Frauen im Osten“. Das Schlußwort der Vortragenden, „in dem Maße, in dem Selbständigkeit und Freiheit der Frau wachsen, müsse ihre Verantwortungsgefühle an Vertiefung gewinnen, aus über-nommener Kulturform müsse ein bewußtes, ständig bildendes mütterliches Führertum sich entfalten“, ist ein Gebante, der der gesamten Arbeit des Verbandes der deutschen Reichspost- und Telegraphenbeamtinnen zugrundeliegt und auch auf diesem Verbandstag in Danzig zu neuem Ausdruck kam. Die Tagung zeigte in vielfacher Weise die Bedeutung der überparteilich und überkonfessionell arbeitenden Frauenorganisation und deren wesentliche Aufgaben.

Der nächste Verbandstag wird in Bremen, der dann folgende in Köln stattfinden.

## 6. Generalversammlung der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer

In der anfangs September dieses Jahres in Königsberg abgehaltenen Generalversammlung der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer wurde stark die Umherbetretung der technischen Leistung betont und auf die Denkschrift der Reichsregierung verwiesen, die für Hebung des Ansehens technischer Arbeit kämpft.

Aus dem Geschäftsbericht war zu ersehen, daß sich die Gewerkschaft in ständigem Wachsen befindet. Durch alle Gefahren der Parteipolitik hindurch haben sich die Lokomotivführer als Revolution bewährt, die sie so leicht nicht wieder aufgeben werden. Der Redner betonte, daß die Metamorphose in nächster Zeit auf keinen Fall einen weiteren Abbau an technischem Arbeitspersonal vorsehen dürfe, da durch eine solche Maßnahme die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschimmert werde. Eine Einschränkung des Lokomotivpersonals dürfe nicht mehr eintreten, da die Tatsachen bewiesen hätten, daß durch die gesteigerte Ausnutzung der Arbeitskraft der Lokomotivführer in der Regel mit 52 Jahren aufgebraucht ist. Die Dienstbauvorschriften werden von der Gewerkschaft als wichtigster Punkt in der ganzen Personalpolitik betrachtet. Es sind im Eisenbahndienst in der Zeit von 1923 bis 1930 wieder eine große Anzahl Beamter und Angestellter entlassen worden. Der Personalbestand der Reichsbahn betrug 1923 noch 1 044 000 Köpfe. Im Augenblick steht die Kopfzahl auf 694 000. Davon entfallen auf Angestellte und Arbeiter 390 000 und auf Beamte rund 300 000. Das Lokomotivpersonal hat seit 1929 rund 10 000 Mann verloren. Gründe dafür sind der Rationalisierungsprozeß und die ungeheure Entwicklung der Technik, die immer weniger Menschenarbeit erfordert. Der Abbau der Beamten war in den letzten Jahren ein „fallender Abbau“, da von drei freierwerbenden Stellen nur eine wieder besetzt wurde. Dazu kam man aber die Arbeitszeit der Beamten auf ein Höchstmaß geschraubt. Die Belastung des Beamten und besonders des Lokomotivpersonals ist so hoch, daß vielfach von dem menschlichen Organismus weit mehr gefordert wird, als er bei Aufrechterhaltung der Gesundheit leisten kann. Ein Verhängnis ist die prozentuale Bewertung der Arbeitszeit. Für die Lokomotivführer gilt eine 100prozentige, eine 80prozentige und eine 60prozentige Bewertung der Arbeitszeit. Außerdem hat er aber eine Menge von Dienstbereitschaften zu verrichten, die gar nicht gewertet werden. Die Arbeit der Lokomotivführer ist aber intensiver als je zuvor. Während Lokomotivführer und Heizer noch vor drei Jahren in einer sechsstündigen Arbeitszeit 400 Kilometer zurücklegten, sind sie jetzt verpflichtet, insofern der Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit dieselbe Strecke in acht Stunden zurückzulegen. Alle Aufsichtsbehörden, die mit dem Lokomotivpersonal zu tun haben, bemühen sich, die effektive Arbeitsleistung der Lokomotivführer zu steigern durch Herabminderung der Zugaufenthalte und Erhöhung der effektiven Arbeitsleistung im Fahrdienst. Die Reichsbahngesellschaft hat darüber Erhebungen angestellt, was die Einführung des Achtstundentages die Gesellschaft kosten würde. Das Berichtsergebnis geht dahin, daß jährlich 284 000 000 Reichsmark erforderlich seien, um den achtstündigen Arbeitstag für alle Eisenbahner einzuführen. Auch die Gestaltung und Durchführung der Laufbahnen ist ein Faktor, der die Personalverhältnisse der Lokomotivführer entscheidend beeinflusst. Die Deutsche Reichsbahn hat in früheren Zeiten immer zwei technisch vorgebildete Handwerker auf den Führerstand der Maschine gestellt. Damit hat sie sehr gute Erfahrungen gemacht, da die Sicherheit der deutschen Bahnlivnien außerordentlich stetig. Auch heute hält die Verwaltung noch an diesem Standpunkt fest. Man ist aber dazu übergegangen, einen Teil des Lokomotivheizerdienstes in die Hände von Nichthandwerkern zu legen, weil sie billiger sind. Diese Auffassung hat in den letzten Jahren so um sich gegriffen, daß sie zu ernstlichen Bedenken Anlaß gibt. Heizer, die bereits seit zehn Jahren als Hilfsbeamte auf der Maschine stehen, wird die Anstellung verweigert, während dem jungen Arbeiter, der erst wenige Jahre im Eisenbahndienst tätig ist, eine Stellung als Lokomotivbeamter gegeben wird. Um das durchzuführen zu können, muß man die getrennten Laufbahnen für Lokomotivführer und Heizer. Die Gewerkschaft will die Laufbahnfrage vom Standpunkt des Zweckmäßigen geregelt wissen; die Reichsbahn stellt die Wirtschaftlichkeit des Betriebes in den Vordergrund. Auch zur Frage der Pensionenbezüge nahm der Vorsitzende der Gewerkschaft Stellung. Er erläuterte, daß die Beamtenpension nicht, wie man so gern annimmt, eine besondere Vergünstigung sei. Die Lokomotivführer hätten in den jungen Jahren für nicht ausreichende Entlohnung schwere Dienste zu verrichten. Daher ist der Anspruch auf Pension durchaus gerechtfertigt.

## Die Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamter

Sie Berlin, hält ihren diesjährigen 6. Verbandstag vom 1. bis 4. Oktober in der Stadthalle zu Mainz ab. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Referate des Reichsministers Severing über „Die Beamtenschaft in der Republik“ und Frau Luise Schröder, W. d. A., über „Kommunale Wohlfahrtspflege im demokratischen Volkstaat“. Der Geschäftsbericht wird in den nächsten Tagen gedruckt erscheinen.

Was müssen Sie als Beamter wissen? Über den hochschulartigen Studiengang „Die Beamtenschule“ haben wir schon mehrere Male berichtet. Wenn wir heute wiederum darauf zurückkommen, dann deshalb, weil viele unserer Leser für den uns soeben bekanntgewordenen Studiengang der vergangenen zwei Monate (S. 58-61) sich interessieren werden! 13 000 Beamte bereits beteiligen sich gegenwärtig an diesem Studium. Das ist schon fast eine Rekordziffer! Aber mit dem verglichen, es fehlen immer noch viel bis zu einigen Millionen. Denn Millionen von Beamten gibt es in Deutschland und von der Ostsee bis Venedig ist nicht einer, der nicht großen Nutzen aus diesem Lehrgang ziehen würde! Die „Beamtenschule“ verdient um so mehr empfohlen zu werden, als sie von einer geradezu rätselfhaften Billigkeit ist. Das Studium kostet nämlich alles in allem nur 12 Pf. pro Tag! Der Industrieverlag Spemann & Kinde, Berlin W 10, Genthnerstr. 42, gibt gegen Vorauszahlung der Postkosten von 30 Pf. an unsere Leser den ausführlichen Prospekt „B. 3“ ab, eine interessante Probelektion unverbindlich und kostenlos ab.

Achtung! Achtung!

Die verbesserte Staatslotterie  
348 000 Gewinne bei 800 000 Losen im Gesamtwert von  
**114 Millionen RM.**

kommen zur Ausspielung! Die Mittel- u. kleineren Gewinne sind um ein Mehrfaches erhöht. Also eine bedeutende Verbesserung der Gewinnchancen

Lospreis: 1/3, 1/4, 1/2, 1/1  
**5,- 10,- 20,- 40,-**

Beteiligen auch Sie sich an diesen enormen Gewinnmöglichkeiten u. bestellen Sie ein Los bei der

618 **Staatl. Lotterie-Einnahme**

**HOLZ, Karlsruhe i. B., Karlstr. 64**

Telefon 3524 P-Scheckkonto 11118